Gemeinde Schönkirchen
8. Änderung des Flächennutzungsplanes

für das Gebiet östlich des Heikendorfer Weges, westlich und östlich des von der Wohngebietsstraße 'Köhlen' ausgehenden Redders und nördlich des Wohngebietes 'Köhlen/Wulfskuhl'

Zusammenfassende Erklärung (§ 6 Abs. 5 Satz 3 und 4 BauGB)

Gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wird die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Bekanntmachung der erteilten Genehmigung wirksam. Ihr ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung bei der Planung berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

Planerische Zielsetzung:

Der Geltungsbereich der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst ein Gebiet mit einer Größe von ca. 9,2 ha. Der Änderungsbereich liegt im Norden des Gemeindegebietes von Schönkirchen östlich des 'Heikendorfer Weges'. Der Flächennutzungsplan stellte bis zu seiner 8. Änderung das Plangebiet überwiegend als 'Fläche für die Landwirtschaft' (L), in einem kleinen Bereich am 'Heikendorfer Weg' als Wohnbaufläche (W) und östlich bzw. nordöstlich davon als 'Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft' dar. Mit der 8. Änderung werden für einen Teilbereich von ca. 4,5 ha die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein privates Tiergehege geschaffen, indem eine Grünfläche mit entsprechender Zweckbestimmung dargestellt wird. Für eine Fläche im Norden erfolgt die räumlich korrekte Darstellung einer bereits bestehenden Ausgleichsfläche in einer Größe von ca. 1,1 ha. Der verbleibende östliche Teilbereich wird als 'Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft' ausgewiesen. Hier sollen zukünftig naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden, die infolge künftiger Planungen erforderlich werden.

Maßgebliche Umweltbelange:

Im Rahmen des Bauleitplanes wurde gemäß § 2 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet wurden. Der Umweltbericht ist gesonderter Bestandteil der Begründung. Der Beurteilung der Situation von Natur und Umwelt und deren Entwicklung bei Umsetzung des Vorhabens lagen die vorhandenen Planungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene zu Grunde.

Das Plangebiet wird ganz überwiegend von Grünlandflächen eingenommen. Die Grünlandflächen werden teils als Weideland und teils als Mähwiesen genutzt. Im Südosten des Plangebietes befindet sich ein großer Teich. Im Bereich des privaten Tiergeheges sind verschiedene bauliche Anlagen anzutreffen, z. B. ein Schweinestall, drei Volieren und mehrere Unterstände, für die zum Teil keine Baugenehmigungen vorliegen. Mit der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes wird nunmehr u. a. eine private Grünfläche 'Tiergehege' dargestellt, auf der in untergeordnetem Ausmaß die Errichtung baulicher Anlagen für eine artgerechte Unterbringung der unterschiedlichen Tierarten möglich sein soll, um so die Tierhaltung gemäß den Bestimmungen des Tierschutzrechts planungsrechtlich zu

ermöglichen. Östlich der Grünfläche werden Flächen für die Durchführung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen ausgewiesen. Für eine bereits seit Jahren bestehende Ausgleichsfläche erfolgt eine räumlich korrekte Darstellung. Die Umsetzung der Planung wird im Bereich der privaten Grünfläche zu Flächenversiegelungen führen, die durch die baulichen Anlagen für die artgerechte Tierhaltung verursacht werden. Die Flächenversiegelungen werden im Rahmen der geltenden naturschutzfachlichen Regelungen innerhalb des Plangebietes ausgeglichen. Weitere erhebliche Beeinträchtigungen werden sich infolge der Planung voraussichtlich nicht ergeben.

Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung:

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB sind seitens der Öffentlichkeit 2 Stellungnahmen abgegeben worden. Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung sind Hinweise und Anregungen von 7 Stellen, im Rahmen des regulären Beteiligungsverfahrens von 8 Stellen vorgetragen worden. Neben redaktionellen Hinweisen wurden auch Stellungnahmen abgegeben, die sich zum einen auf die Person des Betreibers des privaten Tiergeheges und zum anderen generell auf die Problematik des Haltens von Tieren, die auf anderen Kontinenten zu Hause sind, erstreckten. Die untere Naturschutzbehörde des Kreises Plön bat ferner darum, die Hangfläche nördlich des Tiergeheges, die in den dortigen Unterlagen als Ausgleichsfläche für durchgeführte Baumaßnahmen und den damit verbundenen Eingriffen in Natur und Landschaft geführt wird, in den Geltungsbereich der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes mit einzubeziehen.

Zentrale Abwägungsentscheidungen:

Der Bitte des Kreises Plön hinsichtlich der bereits bestehenden Ausgleichsfläche wurde entsprochen, zumal im Osten des Plangebietes weitere Flächen, die zukünftig dem naturschutzrechtlichen Ausgleich dienen sollen, in der Änderung des Flächennutzungsplanes dargestellt werden.

Hinsichtlich des privaten Tiergeheges wurde hinsichtlich der planungsrechtlichen Vorgehensweise eine enge Abstimmung mit den zuständigen Behörden, insbesondere dem Veterinäramt und der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön sowie dem Amt Schrevenborn gesucht. Gemeindliches Planungsziel war es, dem Betreiber die Haltung einer begrenzten Anzahl von Arten mit einer jeweils begrenzten Stückzahl zu ermöglichen. Die Basis dafür war die Änderung des Flächennutzungsplanes, durch die eine Nutzung als privates Tiergehege bauplanungsrechtlich vorbereitet wurde. Mit dem parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 46 wurden die Baurechte für die benötigten baulichen Anlagen geschaffen. Nach Abschluss der beiden Bauleitplanverfahren dürfen dann für die verschiedenen Tierarten die erforderlichen Ställe rechtmäßig errichtet werden, um eine artgerechte Unterbringung der Tiere, insbesondere in der nassen und kalten Jahreszeit, nachweisen zu können. Für die Genehmigung des Tiergeheges ist zudem die Vorlage eines Tiergehegeplanes erforderlich, aus dem die Belegung der Einzelgehege, die Aufteilung der Tiere auf die verschiedenen Einzelgehege und deren geplante Unterbringung hervorzugehen hat.

Die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schönkirchen wurde von der Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 09. Dezember 2014 beschlossen und vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein mit Bescheid vom 19. März 2015 genehmigt.

Schönkirchen, den .....

Peter Zimprich
(Bürgermeister)